

# Pressemitteilung

15. April 2016

## **Starke Nachfrage bei Beratungen durch den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, aber Verunsicherung bei Betroffenen durch drohende Schließung der Außenstellen**

Die Berührungspunkte zwischen dem Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und dem Bundesbeauftragten (BStU) sind spezifisch: während der BStU die Stasi-Akten verwaltet, berät der Landesbeauftragte zu Rehabilitierungsfragen und sozialen Ausgleichsleistungen und geht vielen anderen Problemen der Biografieklärung nach. Die Gespräche finden in der Behörde, am Telefon oder am Rande von Veranstaltungen statt. Anliegen werden per Brief oder Mail formuliert. Besonders wichtig sind aber die Beratungswochen. Gerade fährt Utz Rachowski im Auftrag des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen durch Sachsen und bietet Bürgersprechstunden vor Ort an, oft in enger Zusammenarbeit mit den Außenstellen der Stasi-Unterlagenbehörde in Chemnitz, Dresden oder Leipzig. Die Resonanz in den Rathäusern ist groß.

Der Landesbeauftragte Lutz Rathenow und der Bürgerberater Utz Rachowski stellen eine große Verunsicherung durch die widersprüchlichen Meldungen zur Zukunft der Außenstellen in Sachsen fest. Utz Rachowski formuliert zum Erhalt der drei BStU Außenstellen:

*„Die Stasiakten der Bürger des Vogtlands liegen nicht in Dresden. Aber in Chemnitz. Die Stasiakten aus der Lausitz befinden sich nicht in Leipzig. Jedoch in Dresden. Die Akten der Dresdner Bürger liegen in Dresden und nicht in Leipzig. Das macht Sinn. Bei den Beratungen für Bürger in allen Regionen Sachsens, die gemeinsam mit dem BStU und dem LStU seit 14 Jahren durchgeführt werden, wird dies spürbar: Aus den BStU-Außenstellen werden jeweils bevorzugt auch die Mitarbeiter zu den Bürgersprechstunden in den Rathäusern vor Ort entsendet, die genau aus der Gegend stammen und dort oftmals beheimatet sind.... Sie kennen die Namen der ehemaligen SED-Partei-Bonzen und deren Verstrickungen bis in die Gegenwart. Sie kennen die Namen der Betriebe, in denen die betroffenen Bürger gearbeitet haben und können Auskünfte geben über die politischen Hintergründe. Oftmals nennen die vorsprechenden Menschen Namen von Mitgliedern des DDR-Machtsystems oder örtlich gebundene Spezialbegriffe aus der Region. Nur ein Mitarbeiter, der diese versteht, kann diesbezüglich auch antworten und Auskunft geben. Ich sah immer wieder, wie Bürger sich und ihr Problem verstanden fühlten, eben wenn es dieses Aha-Erlebnis – der Bearbeiter versteht mich auch im speziellen Lokalbereich! – zu einem Vertrauensverhältnis führte in der Beratungssituation. Ein Wegfall von BStU-Außenstellen in Sachsen würde diese (auch psychologisch-atmosphärischen) Grundlagen und Bereicherungen zerstören.“*

Lutz Rathenow erklärt dazu: *„Jede Veränderung einer Aufarbeitungspräsenz in der Region muss neben archivtechnischen Aspekten auch auf die politischen-menschlichen Wirkungen überprüft werden. Wenn der Bund sich zurückzieht, kämen auf die Länder neue Aufgaben zu. Opferverbände, Aufarbeitungsinitiativen, Träger von Beratungsangeboten oder der politischen Bildung sollten wie das Sächsische Staatsarchiv rasch in die Diskussion einbezogen werden.“*

**Lutz Rathenow**  
**Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen**

Unterer Kreuzweg 1 | 01097 Dresden | Postanschrift: 01095 Dresden, Tel.: +49 (0)351.65681-0 | Fax: +49 (0)351.65681-20